



Aus dem steirischen Landtag

KPÖ informiert aus erster Hand



Selbstbedienung für die Politik, Kürzungspakete für die Bevölkerung

*Kritik von LAbg.
Klimt-Weithaler an
Zahlungsbescheiden
für steirische „Sonder-
parteiensteuer“*

Die Politik im Land der „Reformpartner“ von SPÖ und ÖVP wird immer unglaublicher. Während bei der Bevölkerung durch Sondersteuern wie den Pflegeregress abkassiert wird, genehmigen sich Polit-Funktionärinnen und -Funktionäre immer höhere Gehälter. Und seit 1.1.2014 wird eine steirische Sonderparteisteuer eingehoben.

1000 Euro pro Monat erhält jeder steirische Bürgermeister seit 1.1.2014 durchschnittlich mehr. Grund dafür ist das von der KPÖ bekämpfte neue Bezügegesetz, mit dem widerspenstige Funktionäre der steirischen Regierungsparteien die Zustimmung zu den von Voves und Schützenhöfer angeordneten Zwangsfusionen versüßt werden sollte. Eine Sonderregelung wurde für die Stadt Graz eingeführt: Dort erhalten die Klubobleute die doppelte Funktionsgebühr – rückwirkend ab 1. Juli 2013.

Seit Jänner treffen in den steirischen Gemeindestuben Bescheide ein, in welchen die Kommunen daran erinnert werden, dass ab sofort pro GemeindebürgerIn 5 Euro ans Land abzuliefern sind. Die KPÖ ist im Vorjahr vehement gegen dieses unverschämte Gesetz aufgetreten. Die „Reformpartner“ haben zum ungewöhnlichen Mittel einer Dringlichkeitserklärung gegriffen, um zu verhindern, dass Gemeinden durch demokratische Instrumente dieses Gesetz zu Fall bringen können.

KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler findet es erfreulich, dass sich mehrere Gemeinden weigern, die Abgabe anzuliefern. Immerhin stellt die Sonderparteisteuer auch eine Belastung der Gemeindefinanzen dar. „Von einer Verdoppelung des Einkommens können Normalsterbliche nur träumen. Wenn es um die Parteikasse und Bezüge für Funktionäre geht, wollen SPÖ und ÖVP auf einmal nichts mehr vom Sparen wissen. Dafür muss die steirische Bevölkerung ein Kürzungspaket nach dem anderen in Kauf nehmen und als Schlusslicht in Österreich noch immer Regress für pflegebedürftige Angehörige bezahlen.“

Es geht auch anders: 121.475 Euro vom Gehalt gespendet



Stadträtin Elke Kahr (Mitte) und die Landtagsabgeordneten Werner Murgg und Claudia Klimt-Weithaler spendeten mehr als die Hälfte ihrer Politbezüge, um in Not geratenen Menschen zu helfen.

Seit 1998, als Ernest Kaltenegger den „Tag der offenen Konten“ eingeführt hat, haben KPÖ-Politiker fast 1,5 Millionen Euro gespendet und Jahr für Jahr darüber Rechenschaft abgelegt.

2013 wurden 1036 Personen mit einer Gesamtsumme von 121.475 Euro unterstützt.

Die KPÖ-Stadträtin berichtet: „2013 hatten wir einen Rekord bei den Beratungsgesprächen. 4.215 Familien und Personen waren mit Terminen in unserem Büro angemeldet. Gemeinsam mit meinen Mitarbeitern konnten wir konkrete Hilfe und Beratung anbieten. Vielen konnte praktisch geholfen werden, für viele war es wichtig, jemanden zu haben, der ihnen zuhört. Auch wenn wir nicht immer eine Lösung haben, versuchen wir niemanden ohne Hoffnung fortgehen zu lassen und den Leuten Mut zu machen.“

Kahr: „Durch diese Gespräche lernen wir viel dazu. Wir sehen die Mängel und Probleme unserer Gesellschaft besser und bekommen einen tiefen Einblick in die Lebenssituation der Leute.“

Die meisten Gelder gehen für Betriebskostennachzahlungen, Mietzuschüsse, Kauttionen, Strom- und Heizungskosten, Schul- und Spitalskosten und vor allem für den Einkauf von Lebensmitteln auf. Zuschüsse für den Ersatz von E-Geräten und Möbeln werden immer öfter gebraucht.

Parteienförderung

Nocheinmal 51.081 Euro für 269 Personen wurden von der KPÖ-Graz ausbezahlt. „Wir halten das Versprechen, dass wir eine große Summe der erhöhten Parteienförderung an Menschen in finanzieller Not weitergeben“, so Kahr.



Voves entgleitet Landesbudget

LABg. Klimt-Weithaler (KPÖ): Budgetloch wächst monatlich um 8 Mio. Euro

Trotz brutaler Einschnitte in das Gesundheits-, Bildungs- und Sozialsystem wächst das von der Regierung bekannt gegebene Budgetloch monatlich um etwa 8 Mio. Euro.

Am 5. Juli 2013 sprach Landeshauptmann Voves in einem Zeitungsinterview von einem plötzlich aufgetretenen Loch im Landeshaushalt von 300 Mio.

Euro. Finanzlandesrätin Vollath nannte nun, nur sechs Monate später, einen Fehlbetrag von 350 Mio. Euro. Am Budgetziel werde aber festgehalten, betont die Landesregierung.

Weithaler: Sie sind gescheitert

Klimt-Weithaler: „Wenn die so genannten Reformpartner am Nulldefizit festhalten, bedeutet das für die Bevölkerung

noch brutalere Kürzungen als jene, die in den vergangenen drei Jahren die Steiermark zum sozialen Schlusslicht Österreichs gemacht haben. Anstatt einzugestehen, dass sie mit ihrem erklärten Hauptanliegen gescheitert ist, beschließt die Regierung auf Biegen und Brechen immer neue Belastungen.“

In vielen Bereichen gibt es nichts mehr zu sparen. Die Po-

litik der Kahlschlag-Koalition treibt Menschen in die Armut, hungert die ländlichen Regionen aus, vernichtet die Kaufkraft der Bevölkerung. „Diese Politik trifft die, die schon jetzt kaum noch über die Runden kommen, alle, die von einem normalen Arbeitseinkommen leben müssen“, so die KPÖ-Abgeordnete.

Spekulationsverluste reißen Loch in Landeshaushalt

Der Landesrechnungshof zeigte in einem Bericht auf, dass durch Spekulationsverluste bei einem Frankenkredit ein Schaden von mindestens 37 Mio. Euro entstanden ist. Dies wurde im Rechnungsabschluss 2012 des Landes dadurch verheimlicht, dass der Kredit mit einem längst nicht mehr gültigen – wesentlich günstigeren – Wechselkurs angegeben wurde.

Im Rechnungsabschluss wurde der Kredit mit 182 Mio. Euro beziffert, obwohl er zu diesem Zeitpunkt bereits mit 219 Mio. Euro zu Buche schlug. Da dieser Kredit nicht abgesi-

chert ist, kann der tatsächliche Schaden für das Land weit über die 37 Mio. Euro hinausgehen.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Das Lügengebäude der Kahlschlag-Koalition gerät immer stärker ins Wanken. Auch nach drei Jahren ihrer angeblich so segensreichen Herrschaft wird das Loch im Landesbudget trotz brutaler Kürzungsmaßnahmen immer größer. Voves und Schützenhöfer machen Kleinschulen, Geburtenstationen und Menschen mit Behinderung dafür verantwortlich. Von den Millionen, die sie und ihre Vorgänger

verspekuliert haben, wollen sie nichts wissen. Jetzt droht der Bevölkerung das nächste Kürzungspaket unter Landeshauptmann Voves.“ Allein dieser Verlust macht so viel aus, wie über den Pflegeregress in fünf Jahren einkassiert wird.

Die Frage der politischen Verantwortung für die Verluste

legen angesichts der gewaltigen Höhe des Schadens die Prüfung der Vorgänge durch einen Untersuchungsausschuss nahe. Es ist allerdings zu bezweifeln, dass die in ihren eigenen Parteien schwer unter Druck geratenen „Reformpartner“ bereit sind, sich in die Karten schauen lassen.

Verkehrsverbund: Teuerung wieder weit über Inflation!

Am 1. Juli 2013 wurden die AÖV-Tarife in der Steiermark kräftig erhöht. Mit einer Teuerung von fünf Prozent lag die Tarifierhöhung weit über der Teuerungsrate. Die jetzt für die Grazer Linien bekannt gewordenen Tarifierhöhungen bewegen sich erneut über der Teuerungsrate. Die Erhöhung wird in der ganzen Steiermark empfindlich ausfallen.

KPÖ-LABg. Claudia Klimt-Weithaler: „In Zeiten großer Belastungen für die Bevölkerung und eines Feinstaubnotstandes im Großraum Graz ist eine solche Teuerung unzumutbar. Diese Belastung der Bevöl-

kerung muss endlich gestoppt werden.“

Grundlage für die Tarifierhöhung ist eine Vereinbarung aller Verbundunternehmen, jährlich Preiserhöhungen bis zum 1,75-Fachen des Verbraucherpreisindexes durchzuführen. Dass es anders geht, zeigt die Stadt Linz. Dort wurde die Jahreskarte zuletzt um € 100,- billiger und kostet seit dem Jahr 2013 nur € 285,-.

Die KPÖ setzt sich dafür ein, auf eine Vertragsänderung mit den Verkehrsverbund zu drängen, die die bislang eingeräumten jährlichen Preisanhebungen zurücknimmt.

Schaden für das Musikschulwesen

Erfolgmodell wird durch bürokratische Schikanen ruiniert

Seit Beginn des Schuljahres 2012/2013 besteht ein Kooperationsverbot zwischen steirischen Musik- und Pflichtschulen. Musikunterricht wird plötzlich nicht mehr als förderwürdig betrachtet.

Die KPÖ hat mehrere Versuche unternommen, diese Zusammenarbeit wieder zu ermöglichen. In einem Antrag

in der Landtagssitzung am 21. Jänner 2014 forderte Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, das Kooperationsverbot zwischen Musikschulen und Pflichtschulen spätestens mit der kommenden Förderperiode wieder abzuschaffen. SPÖ und ÖVP lehnten das ab.

LABg. Klimt-Weithaler: „Die Kooperation von Musik- und Pflichtschulen hat sich bestens bewährt. Leider zieht es die Landesregierung stattdessen vor, mit bürokratischen Schikanen und finanziellen Hürden das Musikschulwesen zu ruinieren.“

In Sonntagsreden wurden diese Kooperationen stets als Erfolgsmodell gelobt. Gleichzeitig wurden die Förderrichtlinien immer restriktiver. Planungssicherheit ist für die Gemeinden nicht mehr möglich. Das Kooperationsverbot richtet großen Schaden an.

Schaden für Ortsbild: KPÖ warnt vor Werbeflut

Der Steiermärkische Landtag hat eine Novelle des Baugesetzes beschlossen, die keine Regelungen für Werbetafeln vorsieht. Eine von der Stadt Graz angelegte Regelung hätte vorgesehen, dass Werbe- und Ankündigungseinrichtungen nur mehr so angebracht werden dürfen, dass sie das Orts- und Landschaftsbild nicht beeinträchtigen und eine Gefährdung von Personen und Sachen ausgeschlossen ist. Dadurch hätten die steirischen

Gemeinden die Möglichkeit erhalten, sich vor einer Flut von Werbetafeln zu schützen.

Die KPÖ stimmte gegen die Novelle des Baugesetzes. LABg. Murgg: „Die Streichung der Regelung der Werbetafeln wurde veranlasst, weil sie „von der Wirtschaftskammer als überschießend abgelehnt wurde. Dass Gesetze auf Zuruf der Wirtschaftskammer umgeschrieben werden, ist aufs Schärfste zu verurteilen.“



Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877 5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: Itk@stmk.gv.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



Gemeindefusionen: KPÖ will Zwangsmaßnahmen rückgängig machen

LAbg. Murgg: „Liebesentzug bei den Wahlen 2015 ist die einzige Sprache, die Voves und Schützenhöfer verstehen“

In einer Sondersitzung des Steiermärkischen Landtags im letzten Dezember beschlossen SPÖ und ÖVP die Zwangszusammenlegung hunderter steirischer Gemeinden, verbunden mit einem radikalen Abbau der Infrastruktur im ländlichen Raum.

Für die KPÖ, die immer gegen die Zwangsfusionen aufgetreten ist, wies LAbg. Murgg in seiner Wortmeldung darauf hin, dass die Erfahrungen in der Gemeinde Trofaiach, wo die Fusion mit den Nachbargemeinden

Gai und Hafning bereits erfolgt ist, äußerst negativ sind. „Mit falschen Versprechungen und teilweise auch Lügen, mit Märchen von ‚Umschichtungen‘ und ‚Synergieeffekten‘ wurden viele Gemeinden geködert. In Wirklichkeit ist damit gemeint, dass Schulen, Kindergärten und Servicestellen zugesperrt werden und die Gebühren auf das jeweils höchste Niveau angehoben werden. Das wird den Menschen vorher nicht gesagt.“

Kritik übte Murgg auch am Beschluss der Fusionen über

die Köpfe der Betroffenen hinweg: „Ihr radiert die Demokratie aus“, rief der KPÖ-Abg. dem Landeshauptmann und seinem Stellvertreter zu und prophezeite: „Die Anteile aus dem Finanzausgleich werden ab 2016 stark zurückgehen, weil die anderen Bundesländer nicht bereit sein werden, zugunsten der Steiermark auf ihnen bisher zustehende Mittel zu verzichten.“

Murgg: „Die einzige Sprache, die Voves und Schützenhöfer verstehen, ist der Liebesentzug bei den Gemeinderatswah-

len und der Landtagswahl 2015. Ich habe die große Hoffnung, dass SPÖ und ÖVP dann keine Mehrheit mehr in diesem Hohen Haus haben und viele Maßnahmen wieder rückgängig gemacht werden können. Es ist nichts in Stein gemeißelt.“



Grazer Gemeinderat: Nein zu Lizenzen für Glücksspiel!

Trotz des hohen volkswirtschaftlichen Schadens, der durch das Automatenglücksspiel entsteht, halten die steirischen Regierungsparteien SPÖ, ÖVP und FPÖ an ihrem Plan fest, über 1000 neue Glücksspielautomaten in die Steiermark zu holen. Dagegen setzte der Gemeinderat der Stadt Graz ein Zeichen und stimmte einem KPÖ-Antrag zu, keine Lizenzen für Glücksspielautomaten zu vergeben. Alle Parteien unterstützten den Antrag.

Das neue steirische Glücksspielgesetz – derzeit in Begutachtung – will die größtmögliche Anzahl von Glücksspielautomaten in die Steiermark holen und die höchstmöglichen

Einsätze zulassen. An einem Tag können von einem einzigen Spieler völlig legal über 500.000 Euro eingesetzt werden.

Die KPÖ spricht sich gegen den Gesetzesentwurf aus und setzt sich für einen Ausstieg unseres Bundeslandes aus dem „Kleinen Glücksspiel“ nach Wiener Vorbild ein. Voves und Schützenhöfer halten trotzdem an den neuen Automaten in „Minicasinos“ fest, da sie jährlich 18,1 Mio. Euro in die Landeskasse spülen sollen.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „In Graz ist die Problematik der Spielsucht besonders dramatisch. Die Gemeinde soll künftig die Verwaltung und Kontrol-

le der Automaten bezahlen und bleibt auf den hohen sozialen Kosten sitzen. Dass der Gemeinderat den Plänen der

Landesregierung eine Absage erteilt hat, sollte Voves, Schützenhöfer und Kurzmann zu denken geben.“



Kärntner LH kündigt Ausstieg aus „kleinem Glücksspiel“ an

Klimt-Weithaler: Voves soll so viel Einsicht zeigen wie Kärntner Kollege

Knapp vor der letzten Kärntner Landtagswahl hat die damals regierende FPÖ Lizenzen für Glücksspielautomaten u.a. an eine Firma der Novomatic AG vergeben. Verantwortlich dafür war Landesrat Scheuch, der in Zusammenhang mit mehreren aufsehenerregenden Korruptionsfällen österreichweit Bekanntheit erlangte. Die Lizenzen wurden für eine Laufzeit von 15 Jahren vergeben.

Nun wurde vom UVS einem Einspruch dagegen stattgegeben. Dadurch muss die Vergabe neu geregelt werden. Landeshauptmann Kaiser (SPÖ) kündigte an, prüfen zu lassen, ob ein sofortiger Ausstieg aus dem „kleinen Glücksspiel“ möglich sei. Andernfalls werde das Land die Lizenzen für die kürzest

mögliche Laufzeit vergeben und danach aussteigen.

Für die KPÖ Steiermark, die für einen Ausstieg aus dem kleinen Glücksspiel kämpft, sagte LAbg. Claudia Klimt-Weithaler: „Das kleine Glücksspiel richtet viel mehr Schaden an als das Land daran verdient. Leider zeigt sein steirischer Amtskollege Voves weniger Einsicht als LH Kaiser, denn die steirische SPÖ hat zusammen mit der ÖVP beschlossen, die höchstmögliche Anzahl von Automaten zuzulassen.“

In der Steiermark sind 60.-80.000 Menschen direkt oder indirekt von der Spielsucht betroffen. Statt der Geschäftemacherei einen Riegel vorzuschieben, holt die steirische Landesregierung die größtmögliche Zahl von Spielautomaten ins Land.

KPÖ-„Dringliche“ zu Notarzdienst: Privatisierung vom Tisch!

Aus Kostengründen dachte die Landesregierung darüber nach, den bei der KAGES und der Med-Uni Graz angesiedelten Notarzdienst einer privaten Organisation zu übertragen. Aus Sicht der KPÖ ist der Notarzdienst für die steirische Bevölkerung von essentieller Bedeutung und eignet sich nicht für kurzfristige Einsparungsmaßnahmen.

Deshalb richtete KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler in der Landtags-

sitzung am 17. Dezember 2013 eine Dringliche Anfrage an LH Voves. Betroffene hatten schwerwiegende Bedenken gegen eine Privatisierung geäußert. Bisher haben die Notärztinnen und Notärzte ihren Dienst zusätzlich zu ihrem normalen Journaldienst geleistet.

In seiner Anfragebeantwortung sagte LH Voves, dass diese Variante vom Tisch sei und das steirische Notarzwesen laut Voves weiterhin in das Spitalswesen integriert sein werde.

KPÖ macht gegen den Pflegeregress mobil

KPÖ fordert sofortige Abschaffung: „Landesregierung kann sich nicht ewig einmauern“

Die Steiermark ist das letzte Bundesland, in dem Kinder für ihre pflegebedürftigen Eltern eine Angehörigensteuer entrichten müssen. Um die Haltung der „Reformpartner“ zu verdeutlichen, stellt die KPÖ vor jeder Sitzung des Landtags eine Mauer für LH Voves und seinen Stellvertreter Schützenhöfer auf. Am 11. März wurde die Aktion zum dritten Mal durchgeführt.

„Die Landesregierung kann sich nicht ewig einmauern. Der Regress muss endlich fallen“, bekräftigte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler ihre Ablehnung dieser unsozialen Belastung. Gemeinsam mit der Grazer Wohnungstadträtin Elke Kahr und LABg. Werner Murgg machte sie mit Unterstützung vieler Aktivistinnen und Aktivisten erneut gegen diese unsoziale Belastung mobil.

Durch den Rücktritt von Landesrätin Edlinger-Ploder sieht die KPÖ-Klubobfrau eine neue Chance auf Abschaffung des Regresses. „Der Regress ist weder eine geeignete Form der Pflegefinanzierung, noch ist er sozial ausgewogen. Viele Steirerinnen und Steirer sehen nicht ein, warum sie doppelt zur Kasse gebeten werden. Die Mauer vor dem Landhaus wächst, so wie auch der Unmut der Bevölkerung über die Politik der selbst ernannten Reformpartner wächst.“

Drexler kündigt „Nachdenkprozess“ an

Elf Fragen zur steirischen Gesundheits- und Pflegepolitik richtete KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler in der Landtagssitzung am 11. März an den neuen Gesundheitslandesrat Christopher Drexler. Dieser blieb in den meisten Punkten vage und kündigte lediglich „Evaluierungen“ an. Beim Pflegeregress wurden aber Zugeständnisse in den Raum gestellt.

Landesrat Drexler tat den Unmut der Bevölkerung über den Pflegeregress, den er nicht in Abrede stellt, in seiner Antwort als „emotionale Befindlichkeiten“ ab. Allerdings kündigte er einen „Nachdenkprozess“ an, es würden alle Möglichkeiten überprüft. Drexler betonte, dass er den Regress grundsätzlich als gerechte Maßnahme empfinde. Danach deutete er aber „Verbesserungen im System“ an, die er aus Anträgen der KPÖ ableitete: Einerseits sei eine Valorisierung denkbar, durch welche Menschen mit geringen Einkommen aus der Regresspflicht fallen. Andererseits sei es möglich, weitere Unterhaltspflichten künftig zu berücksichtigen.

Gebärstation Voitsberg

In der dringenden und aktuellen Frage der Wiedereröffnung der Geburtenstation in Voitsberg blieb es bei einem



Gesprächsangebot Drexlers. Eine klare Antwort gab es auf die Frage, ob an eine Wiedereingliederung der KAGES in die Landesverwaltung gedacht wird. Dies wurde von LR Drexler verneint.

Ein Entschließungsantrag auf Abschaffung des Regresses wurde erwartungsgemäß von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Die KPÖ bleibt bei ihrer Forderung nach einer Abschaffung des Regresses, die anderen Bundesländer kommen auch ohne diese Belastung aus. Ich hoffe aber, dass es nicht dabei bleibt und die Aussagen Drexlers als Anfang vom Ende des Regresses gewertet werden können.“



Vor dem Landhaus und im Landtag: Protest gegen Kürzungspolitik

Arbeiterkammer-Wahl 27. März bis 9. April 2014

DENKZETTEL

gegen
Lohnkürzung
Leistungsdruck
Sozialabbau
Pflegeregress

GLB-KPÖ

Liste 5

Arbeiterkammerrat Kurt Luttenberger

Bitte nehmen Sie Ihr Wahlrecht wahr und stärken Sie die steirische Arbeiterkammer mit Ihrer Stimme für die Liste 5 – GLB-KPÖ.



AK WAHL Steiermark, 27.3. bis 9.4.2014

Liste 5
GLB-KPÖ